



Industrie- und Handelskammer
zu Köln

Protokoll der Sitzung der Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer zu Köln

Datum: 12. September 2023
Ort: Hybride Sitzung (Camphausen-Saal der IHK Köln und MS Teams)
Zeit: 17:00-21:00 Uhr

Inhalt

Inhalt	2
Beschlussübersicht.....	3
Anlagen	5
Links	5
Begrüßung.....	6
TOP 1 Aktuelles.....	6
TOP 2 Politische Themen	12
2.1 Energiepolitik.....	12
2.1.1 Positionspapier zur Senkung des Strompreises	12
2.1.2 Vorschlag zur Gegenfinanzierung von Strompreissenkungen	13
2.1.3 Monitoring Kohleausstieg 2030	14
2.2 Verkehrspolitik	14
2.2.1 Kampagne, Arbeitstitel „Fairkehr“	14
2.2.2 Ost-West-Achse Köln.....	15
2.3 Fachkräftepolitik.....	16
2.3.1 Missbrauch von Krankschreibungen	16
2.3.2 Geduldete Geflüchtete in Arbeit bringen („Spurwechsel“).....	17
TOP 3 IHK Köln.....	17
3.1 „IHK Köln der Zukunft“	17
3.2 Wahlordnung	18
3.3 Vollversammlung: Personalia	21
3.4 Gremien.....	21
3.4.1 Nachberufungen.....	21
3.4.2 Berichte.....	22
TOP 4 Sonstiges.....	23

Teilnehmende der Sitzung der Vollversammlung am 12. September 2023

An der Sitzung teilgenommen haben:

Mitglieder der Vollversammlung

Nadja Albrecht, Anton Wilhelm Friedrich Bausinger, Stefan Bisanz, Julia Braschoß, Horst Johann Burrenkopf, Fred Arnulf Busen, Gerald Böse, Birgit Dircks-Menten, Julie Edelmann-Veith, Dr. Claudia Eßer-Scherbeck, Sylvia Fehn-Madaus, Carina Maren Flosbach, Mike Gahn, Sven Gebhard, Bettina Gerfer, Dr. Werner Görg, Marina Gouva, Bernhard Graner-Sommer, Dr. Nicole Grünewald, Jan Heitmann, Anna Heller, Markus Hetzenegger, Leon Heymann, Heinz Peter Hinterecker, Mariska Hoffmann, Dr. Peter Huppertz, Bruno Joachim, Dorothee Junck, Uwe Kessel, Stephan Knichel, Kolja Kolander, Rainer Krauß, Roland Lenzing, Timo Alexander von Lepel, Heinrich Lieser, Dr. Michael Metten, Dr. Sandra von Möller, Dr. Wilhelm von Moers, Thomas Müller, Markus Müller-Drexel, Karin Naujoks, Frank Oelschläger, Hendrik Pilatzki, Jürgen Pütz, Christian Remmert, Jörn Richling, David Roth, Heribert Schamong, Johannes Schilling, Helmut Schmitz, Hans-Ewald Schneider, Wolfgang Schwade, Melanie Schwarz-Mechler, Andreas Stamm, Arved Stiller, Wilhelm Stollenwerk, Prof. Sibylle Beate Stürmer, Michael Johannes Volkmann, Dr. Markus Wiedenmann, Prof. Christoph Willers, Astrid Windfuhr, Ursula Wintgens, Sebastian Wolfram, Claudia Zimmer, Andreas Zittlau

Ehrenmitglieder der Vollversammlung

Karl Kriegeskorte

Gäste der Vollversammlung

Silke Enkrott, Annette Faust, Michael Kahnert, Dr. Max Ferdinand Krawinkel, Natalie Kühn, Markus Märtens, Sören Ohk, Thorsten Peters, Ralf D. Scholz, Georg Sprenger

Hauptamt

Hanna Buschan, Dr. Kristel Degener, Matthias Franken, Gero Fürstenberg, Dr. Susanne Hartmann, Frank Hemig, Niklas Keller, Sarah Kleiner, Christopher Köhne, Detlef Kürten, Petra Lohmann, Jörg Löbker, Sandra Nickelsen, Alena Rej, Michael Sallmann, Jaana Schnell, Dr. Uwe Vetterlein, Christian Vossler, Dirk Zacke

Nicht teilnehmen konnten:

Ehrenpräsident Paul Bauwens-Adenauer

Mitglieder der Vollversammlung

Susan Carolyn Appleton, Prof. Katja Becker, Dr. Wolfgang Beckers-Schwarz, Ute Biernat, Bernhard Conin, Johannes Cramer, Thorsten Derichsweiler, Katharina Esser, Nadine Freialdenhoven, Harald Goost, Laura Günther, Stefanie Haaks, Georg Holl, Jan Isenhöfer, Ralf Richard Kenter, Franz Josef Khalifeh, Oliver Kleinjohann, Frank Kofahl, Nelly Kostadinova, Prof. Dr. Clarissa Kurscheid, Hendrik Loll, Stefan Löcher, Lothar Marschalleck, Susanne Merl, Ralf Müller, Emitis Pohl, Tarja Radler, Norbert Gerhard Rolf, Diana Maria Schramm, Thomas Schumacher, Dr. Arndt Selbach, Sven C. Sixt, Lionel Souque, Stephanie Terbrüggen, Markus Wißkirchen, Alexander Würst, Hans Wilhelm Turadj Zarinfar, Ortrun Zipperlin

Ehrenmitglieder der Vollversammlung

Herbert Blank, Theodor Josef Greif, Dr. Hermann H. Hollmann, Claas Kleyboldt, Christian Peter Kotz, Dirk Malmede, Manfred Maus, Franz Sauer

Gäste der Vollversammlung

Kim Bauer, Christoph Brochhaus, Guido Clever, Manuela G. Czowalla, Gunter Derksen, Drik Emmerich, Martina Engels-Bremer, Maryo Fietz, Eva Hehemann, Helmut Heinen, Birgit Heitzer, Sabina Henrich-Bandis, Christoph Kaminski, Ronald Kolb, Stephanie Laffin, Natalie Lechenich, Bastian Lublinsky, J. Manuel von Möller, Joachim Ohn, Michael Pfeiffer, Fabian Rensch, Hans-Jakob Reuter, Roger Ringel, Thomas Schultz-Homberg, Carsten Schwenecker, Remi Selbach, Denis Steker, Detlev Szczukowski, Kurt Vetten, Ulrich Voigt, Enrico Wendt

Beschlussübersicht

Beschluss	Schlagwort
1	Positionspapier zur Senkung des Strompreises
2	Gegenfinanzierung von Strompreissenkungen
3	Kampagne, Arbeitstitel „Fairkehr“
4	Ost-West-Achse Köln
5	Missbrauch von Krankschreibungen
6	Neue Wahlordnung der IHK Köln
7	Zuwahl Wahlgruppe 04

Anlagen

- Anlage 1 Organigramm IHK Köln Vorher-Nachher
- Anlage 2 Präsentation Missbrauch von Krankschreibungen
- Anlage 3 Online-Artikel ksta.de „Dringender Handlungsbedarf“ vom 12.09.23, 20.06 Uhr

Links

Impressionen aus Veranstaltung „KI statt k. o.“: <https://www.dihk.de/de/aktuelles-und-presse/aktuelle-informationen/ki-99262>

Begrüßung

Nicole Grünewald eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder und Gäste der Vollversammlung im Camphausen-Saal und an den Bildschirmen. Sie gratuliert den Vollversammlungsmitgliedern Carina Flosbach, Lothar Marschalleck und Norbert Rolf nachträglich zu ihren runden Geburtstagen.

Andreas Zittlau, Geschäftsführer der Privacon Finanzplanung GmbH, der für Wolfgang von Moers in Wahlgruppe 17 nachgerückt ist, stellt sich kurz vor und wird durch Nicole Grünewald als Mitglied der Vollversammlung zur objektiven Wahrnehmung seiner Aufgaben verpflichtet.

TOP 1 Aktuelles

Nicole Grünewald teilt mit, dass es keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche zu dem Protokoll der Sitzung vom 12.06.2023 gab. Das Protokoll wurde auf der Homepage der IHK Köln veröffentlicht.

Nicole Grünewald beginnt ihren Bericht mit der ersten Sitzung des „Round Table Industrie“ vom Vortag (11.09.2023). An dem neuen Format hätten eine Auswahl relevanter Industrieunternehmen teilgenommen, darunter sehr große wie Covestro, Lanxess und Atlas Copco, aber auch mittelständische Unternehmen wie die Eisenwerke Brühl, die Griesemann Gruppe, DWK Drahtwerke, Polytron Kunststofftechnik und J & W Stollenwerk.

Alle anwesenden Industrieunternehmen hätten die Sorge der IHK Köln bestätigt, dass der Standort NRW durch zu viel Bürokratie, zu hohe Energiepreise und den Fachkräftemangel nicht mehr attraktiv sei – gerade energieintensive Unternehmen seien aufgrund der schlechten Rahmenbedingungen hier vor Ort nicht mehr wettbewerbsfähig. Die Industrieunternehmen hätten ausdrücklich die klare Haltung der IHK Köln begrüßt und die Tatsache, dass die IHK Köln den „Reviervertrag 2.0“ nicht unterschrieben habe. Die „Nicht-Unterschrift“ habe ihnen gezeigt, dass die IHK Köln die Interessen ihrer Mitgliedsunternehmen gegenüber der Politik wahrnehme – und selbst Kritik aus den eigenen Reihen dafür in Kauf nehmen würde.

Nicole Grünewald betont, dass für die IHK Köln eine klare Haltung auch in politischen Fragen wichtig sei: Bei allem, was dazu geeignet sei, den Industriestandort infrage zu stellen, gehe die IHK Köln nicht mit.

So gut, wie diese Haltung und die Nicht-Unterzeichnung bei den Industrieunternehmen aufgenommen worden sei, so umstritten sei sie bei einigen IHKs gewesen. Dazu sei jedoch Folgendes zu berücksichtigen:

1. Die Nicht-Unterzeichnung sei aktuelle Beschlusslage der Vollversammlung der IHK Köln. In der Vollversammlungssitzung am 28.03.2022 sei ein Positionspapier zur Energieversorgungssicherheit und Flächenentwicklung zum Strukturwandel im Rheinischen Revier beschlossen worden, in dem der Ausstiegstermin 2030 als unrealistisch bezeichnet worden sei und klare Forderungen an die Landesregierung gestellt wurden, u.a. ein zeitgleicher Einstiegsplan in eine sichere regenerative Energieversorgung. Dieser Einstiegsplan sei mehrfach vor dem Unterzeichnungstermin erbeten, aber von der Landesregierung nicht geliefert worden. Nun – ein knappes Jahr nach der Vereinbarung über den vorgezogenen Ausstieg 2030 – sei diese Einstiegsstrategie immer noch beim Wirtschaftsministerium in Arbeit.
2. In der IHK NRW Mitgliederversammlung am 10.05.2023 (rund 20 Tage vor dem Unterzeichnungstermin für den Reviervertrag 2.0) sei allen Präsidenten und Präsidentinnen und Hauptgeschäftsführenden die EWI-Studie mit dem Titel „Versorgungssicherheit für NRW im Jahr 2030“ vorgestellt worden. Diese Studie war nach dem Beschluss für den vorgezogenen Kohleausstieg 2030 durch Bund, Land und RWE von IHK NRW beauftragt worden – auch auf das Bestreben der IHK Köln hin. Im Ergebnis weise die Studie nach, dass eine Energiesicherheit nach 2030 nur gewährleistet sei, wenn 1.500 Windräder, Photovoltaikanlagen in der Größenordnung von 15.000 Fußballfeldern und 8 große Gaskraftwerke gebaut würden. Allein wegen der Genehmigungszeiträume sei dies jedoch völlig unrealistisch.

3. Im Vorfeld der eben genannten Mitgliederversammlung von IHK NRW habe die IHK Köln einen Antrag gestellt, eine Resolution zum Thema „NRW muss Industrieland bleiben“ zu beschließen. Hierüber sei in der Sitzung keine Einigkeit erzielt worden. Den Mitgliedern der IHK Köln sei der Titel und die Resolution bekannt. Denn sie sei in der Vollversammlung der IHK Köln am 12.06.2023 diskutiert und beschlossen worden.
4. In der Mitgliederversammlung von IHK NRW habe es darüber hinaus auch keine Einigung über eine gemeinsame Vorgehensweise bzgl. des „Reviervertrags 2.0“ gegeben. Die IHK Köln habe im Austausch mit den anderen „Revier-IHKs“ dargelegt, dass sie aufgrund ihrer Beschlusslage und der Ergebnisse der EWI-Studie den „Reviervertrag 2.0“ nicht unterzeichnen werde. Die anderen Kammern hätten gesagt, dass sie den Reviervertrag dennoch unterschreiben würden. Die unterschiedliche Vorgehensweise sei bekannt gewesen und wechselseitig akzeptiert worden.

Nicole Grünewald betont, dass die klare Haltung der IHK Köln pro Industrie und für sichere und bezahlbare Energie den anderen IHKs seit mehr als einem Jahr bekannt gewesen sei.

Was jedoch wohl alle im Vorfeld der Unterzeichnung des „Reviervertrags 2.0“ unterschätzt hätten, sei die mediale Resonanz auf die Haltung der IHK Köln gewesen. Durch die nationale Berichterstattung sei plötzlich sichtbar geworden, dass der Kohleausstieg 2030 kein Selbstläufer sei, und dass es keine Strategie der Landesregierung zum synchronen Einstieg in die Erneuerbaren gebe. Diese klare Haltung der IHK Köln pro Industrieland NRW habe in der Industrie ein hohes Ansehen und großes Vertrauen in unsere Arbeit gebracht. Gleichzeitig sei die NRW-Landesregierung seither in Erklärungsnot. Wie die Kölnischen Rundschau berichte, müssten sich wohl andere IHKs fragen lassen, warum sie den Reviervertrag unterzeichnet hätten – wenn das dazu führen könne, dass die Energiesicherheit in NRW gefährdet sei.

In der Vollversammlungssitzung der IHK Köln am 12.06.2023 sei die „Nicht-Unterzeichnung“ inkl. der großen medialen Aufmerksamkeit durchgängig positiv bewertet worden. Auch die Vorstände vieler Industrieunternehmen wie Lanxess und Covestro gingen mittlerweile an die Öffentlichkeit und stellten die Frage, warum sie noch in den Standort NRW investieren sollen, wenn nicht klar sei, wo 2030 die Energie herkommen solle – bei gleichzeitig hohen Strompreisen, überbordender Bürokratie und Fachkräftemangel.

Da eine Lösung eine schlüssige Strategie aus dem Wirtschaftsministerium sei, würde diese von der IHK Köln seit Monaten angefordert. Die Ministerin habe uns bereits Ende Mai angekündigt, diese Strategie im Präsidium oder in unserer Vollversammlung vorstellen zu wollen. Sie sei seither mehrfach dazu eingeladen worden, bislang jedoch ohne Zusage. Außerdem sei eine „Windrad-Schuldenuhr“ in Arbeit. Diese solle sichtbar in der IHK Köln platziert werden, um die noch fehlenden der notwendigen 1.500 Windräder bis 2030 plakativ nach außen zu kommunizieren.

Nicole Grünewald leitet über zum Thema Austritt aus der IHK-Initiative Rheinland (IIR). Das aktuelle Präsidium und die Vollversammlung seien auch dafür angetreten, Kosten zu sparen und Doppelstrukturen abzuschaffen. Die IIR sei damals gegründet worden, um die Metropolregion Rheinland (MRR) vorzubereiten. Die MRR funktioniere mittlerweile sehr gut, Uwe Vetterlein sei aktives Mitglied des fünfköpfigen Vorstands. Die IIR werde daher nicht weiter benötigt. Das sei so auch in der Vollversammlungssitzung am 12.06.2023 dargelegt worden. In der Sitzung habe die Vollversammlung ohne Gegenstimme beschlossen, aus der IIR auszutreten. Die Austrittsabsicht sei den sechs weiteren Mitgliedern der IIR im Vorfeld der Vollversammlung angekündigt worden. Keine der IHKs habe die IHK Köln daraufhin aufgefordert, lieber doch in der IIR zu bleiben. Die IHK Köln sei daher davon ausgegangen, dass die anderen IHKs auch die darauffolgende Entscheidung unserer Vollversammlung und den Ende Juni ausgesprochenen Austritt akzeptieren würden.

Wenn man es genau nehme, sei die IIR sogar Teil einer „Dreifachstruktur“: mit IHK NRW als Zusammenschluss aller IHKs, der MRR als Zusammenschluss der insgesamt sieben IHKs im Rheinland und der (kommunalen) Gebietskörperschaften, und der IIR als Zusammenschluss der sieben IHKs in Rheinland.

Ein Brief der in der IIR verbliebenen sechs Rheinland-IHKs Ende vergangener Woche an den Präsidenten von IHK NRW, über drei Monate nach der Kündigung der Mitgliedschaft, sei auch vor diesem Hintergrund sehr überraschend gekommen. In dem Brief sei auch die allseits bekannte Rolle der IHK Köln beim „Reviervertrag 2.0“ und der Austritt aus der IIR kritisiert worden. Dass der Brief dem Kölner Stadt-Anzeiger zugänglich gemacht worden sei, beschädige die IHK-Organisation als Ganzes. Auf Wunsch des Präsidenten von IHK NRW habe die IHK Köln sich zu dem Vorgang auf Anfragen der Presse nicht geäußert. Für den Folgetag

(13.09.2023) sei eine Sitzung des Präsidiums von IHK NRW angesetzt. Hier gelte es nun, in einen konstruktiven Dialog mit den anderen IHKs einzutreten.

Nicole Grünewald thematisiert als nächstes die strukturellen Veränderungen in der IHK Köln in den vergangenen zweieinhalb Jahren im Rahmen der Organisationsentwicklung, hin zu einer modernen und schlagkräftigen Institution. Die Entwicklung sei auch bereits in der Vollversammlungssitzung vom 29.03.2023 vorgestellt worden: So gab es früher ein sehr unübersichtliches Organigramm mit einer fast 70-köpfigen Führungsriege. In den vergangenen Jahren sei die Organisationsstruktur stark vereinfacht, die Zahl der Bereiche reduziert und Hierarchieebenen abgebaut worden, siehe auch vorgestelltes neues Organigramm. Das aktuelle Führungsteam bestehe aus einem Hauptgeschäftsführer, drei Bereichsleitungen, 19 Teamleitenden und drei Geschäftsstellenleitenden. Die Umstrukturierung sei bislang überwiegend ruhig und vernünftig vonstatten gegangen. Zu Mitte dieses Jahres habe es dann jedoch eine Unstimmigkeit in der Geschäftsstelle in Leverkusen/Rhein-Berg gegeben. Hier habe man einer Kollegin aus der Steuerabteilung eine Chance geben wollen, sich beruflich zu entwickeln. Sie habe Anfang des Jahres die neue Position als Geschäftsstellenleiterin angetreten.

Es hätten sich dann leider Stimmen aus der Region gemehrt, dass die Kommunikation über die Geschäftsstelle nicht vernünftig laufen würde. Besonders rund um das Thema „Satzungsänderung“ durch die Vollversammlung habe sich bei Gremienmitgliedern in der Region das Gefühl verfestigt, sie seien bei verschiedenen Themen nicht richtig abgeholt worden. Es sei sogar die Sorge geäußert worden, dass die Vollversammlung „gegen die Region“ entscheiden würde. Hier hätten sich Kommunikationsversäumnisse offenbart, denn selbstverständlich sei zu keinem Zeitpunkt, weder vom Präsidium noch von der Vollversammlung, eine „Schwächung der Region“ intendiert gewesen. Im Gegenteil: Die Gremien hätten durch die Satzungsänderung mehr Freiheiten bekommen, die Stellung der Geschäftsstellen sei gestärkt worden. Leider sei es jedoch offensichtlich nicht gelungen, dies den Gremien so zu vermitteln. Darüber hinaus sei es zu weiterer Kritik an der Geschäftsstellenleitung aus den Kommunen gekommen. Als Konsequenz sei die Kollegin als Geschäftsstellenleiterin abberufen und gemäß ihrer ausgewiesenen Expertise auf eine Stelle als Fachspezialistin Steuer- und Haushaltspolitik berufen worden. Das sei möglich gewesen, da ihr Vertrag so gestaltet sei, dass sie sowohl in der Geschäftsstelle eingesetzt als auch zurück ins Haupthaus berufen werden konnte und die Umsetzung nicht mit finanziellen Nachteilen verbunden gewesen sei. Michael Sallmann, ein langjähriger Mitarbeiter der IHK Köln und Leiter der Geschäftsstelle Oberberg, habe sich darüber hinaus bereiterklärt, die Geschäftsstelle Leverkusen/Rhein-Berg kommissarisch mitzuleiten.

Nach erstem Einverständnis und einigem Hin und Her habe die Kollegin für sich entschieden, die Stelle im Haupthaus doch nicht antreten zu wollen. Sie habe daraufhin eine Mail an Uwe Vetterlein geschrieben, in der sie darauf hinwies, dass sie „mit mehreren enorm einflussreichen Multiplikatoren auf lokaler und Landes- und Bundesebene vernetzt sei“ und dass ihre Umsetzung ins Haupthaus „zu vielen unangenehmen Nebengeräuschen führen könnte“. Dieser Drohung sei selbstverständlich nicht nachgegeben worden, sondern sie sei vielmehr eine Bestätigung gewesen, dass die Abberufung die richtige Entscheidung gewesen sei.

In direkter Folge sei es dann zu mehreren negativen Artikeln über die IHK Köln in den regionalen Medien gekommen, obwohl lediglich zwei der 150 Gremienmitglieder (und von rund 25.000 Mitgliedsunternehmen in Leverkusen und im Rheinisch-Bergischen Kreis) die IHK-Führung und ihre Entscheidung, die Geschäftsstellenleiterin abuberufen, kritisiert hätten.

Fast zeitgleich zu diesen Artikeln seien anonyme Briefe versendet worden mit seltsamen und unwahren Behauptungen zur IHK Köln (von „mangelndem Expertenwissen“ bis zu „plötzlichen Rausschmissen“) und drastischen, ins Private hinreichenden falschen Unterstellungen gegenüber Uwe Vetterlein und Nicole Grünewald, unter dem irreführenden Motto „Compliance“. All dies sei frei erfunden, habe jedoch viele mit der IHK Köln verbundene Personen, Unternehmen und Institutionen erreicht – auch den Kölner Stadt-Anzeiger. Auch die Compliance-Beauftragung der IHK Köln sei eingeschaltet worden, mit dem Ergebnis, dass kein Compliance-Verstoß vorliege.

Die IHK Köln habe viele Erfahrungen mit dem Thema Compliance. So sei es in der Sonder-Vollversammlungssitzung am 28.05.2020 in der LANXESSarena direkt um mehrere Compliance-Themen des vorherigen Hauptgeschäftsführers gegangen, die von der Rechnungsprüfungsstelle festgestellt worden seien. Seither liege ein besonderes Augenmerk auf der Einhaltung sämtlicher Compliance-Vorschriften. So verzichte das Präsidium beispielsweise auf sämtliche Erstattungen und zahle alle mit den Tätigkeiten für die IHK verbundenen Aufwendungen selbst – und alle Vertragsangelegenheiten zwischen IHK und

Hauptgeschäftsführer entscheide das Präsidium in Gänze, nicht die Präsidentin oder einzelne Mitglieder des Präsidiums alleine. Dies sei so auch in der Satzung verankert, sei aber bis 2020 anders gehandhabt worden.

Nicole Grünewald berichtet in dem Zusammenhang von weiteren anonymen Briefen, die sie selbst gerade in der Anfangszeit ihrer Präsidentschaft bekommen habe, und die sie weggeworfen habe, da sie der Meinung sei, wenn jemand ein ernsthaftes Anliegen habe, müsse er das schon namentlich äußern.

Sie fasst noch einmal zusammen, dass sich die IHK Köln für ihre Mitgliedsunternehmen auch gegen gängige Meinungen stellen würde. Dafür würde sie von ihren Mitgliedsunternehmen zum allergrößten Teil sehr positives Feedback bekommen. Leider sei dies noch nie Teil der Berichterstattung des Kölner Stadt-Anzeigers gewesen, sondern dieser würde lieber über insgesamt 14 kritische Stimmen berichten und diesen einen sehr großen Raum geben. Stattdessen könnte er auch über die schlanke Struktur und die kompetente und einflussreiche politische Arbeit der IHK Köln schreiben. Die Berichterstattung in der Kölnischen Rundschau hingegen sei weniger auf persönliche Angriffe gegen Präsidentin und Hauptgeschäftsführer gerichtet und größtenteils positiver. Vielleicht sei es in Zukunft möglich, dass auch der Kölner Stadt-Anzeiger die Arbeit der IHK Köln richtig verstehen und wertschätzen würde.

Nicole Grünewald erläutert, dass Fred Arnulf Busen beantragt habe, dass zur Berichterstattung in den Medien unter dem Punkt „Aktuelles“ Stellung bezogen würde. Das sei somit geschehen. Darüber hinaus habe Fred Arnulf Busen mehrfach angekündigt, seinen Vorsitz in der Beratenden Versammlung Leverkusen/Rhein-Berg niederlegen zu wollen. Vizepräsident Hendrik Pilatzki habe sich nunmehr bereiterklärt, die Nachfolge anzutreten, ein Gespräch dazu sei von beiden bereits geführt worden. Der Wechsel solle noch dieses Jahr erfolgen. Mit Vizepräsident Hendrik Pilatzki als Vorsitzenden sei auch sichergestellt, dass Missverständnisse zwischen dem Präsidium, der Vollversammlung und der Beratenden Versammlung Leverkusen/Rhein-Berg weitestgehend ausgeschlossen werden könnten. Nicole Grünewald bedankt sich bei Fred Arnulf Busen für seine Arbeit im Gremium in den vergangenen Jahren und bei Hendrik Pilatzki für seine Bereitschaft zur Übernahme des Vorsitzes.

Nicole Grünewald schließt mit Hinweisen auf die Gremien im Rhein-Erft-Kreis, denen die Presseberichterstattung rund um Leverkusen/Rhein-Berg natürlich nicht verborgen geblieben sei. Bei der Veranstaltung „REKreation“ auf Schloss Loersfeld seien verschiedentliche Fragen bereits beantwortet worden, zusätzlich solle es am 22.09.2023 eine Info-Videokonferenz für alle Mitglieder der Gremien geben.

Nicole Grünewald erkundigt sich, ob weitere Fragen bestehen.

Fred Arnulf Busen bedankt sich, dass seiner Bitte, die Berichterstattung in den Medien zu behandeln, so ausführlich nachgekommen worden sei. Auch seine Amtsniederlegung in der Beratenden Versammlung sei korrekt, allerdings ginge er davon aus, dass die Wahl von Herrn Pilatzki durch die Beratende Versammlung erfolge. **Nicole Grünewald** verweist diesbezüglich auf die anderslautende Rechtslage. Die Beratenden Versammlungen seien Gremien, die weiterhin in der Satzung der IHK Köln verankert seien. Daher würden Personalentscheidungen in der laufenden Wahlperiode durch das Präsidium beschlossen. Sie kündigt aber eine Beteiligung der Beratenden Versammlung an.

Weiter führt **Fred Arnulf Busen** aus, dass er um Behandlung dieses Themas aus zwei Gründen gebeten habe. Zum einen empfinde er die Streitigkeiten, die in der Presse behandelt würden, als Katastrophe. Als zweiten Grund nennt er einen Zwischenfall während seines Sommerurlaubs in Südbayern. Hier sei er von einem Unternehmer auf die Artikel aus der Presse angesprochen worden. **Fred Arnulf Busen** bittet das Präsidium, die Außerdarstellung der IHK Köln zu verbessern. Konflikte dürften nicht über die Presse ausgetragen werden.

Nicole Grünewald führt aus, dass die IHK Köln selbst keine Streitigkeiten über die Presse austragen würde. Allerdings könne man davon ausgehen, dass der klare und unmissverständliche Einsatz für die Industrie, der gerade auch von Fred Arnulf Busen selbst immer wieder eingefordert worden sei, und die daraus abgeleitete „Nicht-Unterzeichnung“ des „Reviervertrag 2.0“ auch zu Unstimmigkeiten unter den rheinischen IHKs geführt habe. Man könne nicht von der IHK Köln verlangen, „klare Kante“ für die Industrie zu zeigen, und gleichzeitig davon ausgehen, dass dies von niemandem kritisch gesehen und es keinen Gegenwind geben würde.

Fred Arnulf Busen betont, dass er den Widerstand gegen den „Reviervertrag 2.0“ unterstütze und dafür auch einstehe. Seiner Meinung nach würde sich die Kritik aber nicht darauf beziehen, sondern auf die Kommunikation nach außen. Er Sorge sich um die Wirkung im Ehrenamt und die Reputation in der Politik.

Nicole Grünewald bestätigt, dass es der IHK Köln bei ihrer Personalentscheidung Mitte des Jahres darum gegangen sei, die Kommunikation in der Region Leverkusen/Rhein-Berg wieder zu verbessern. Denn die Kommunikation und die Betreuung der Mitgliedsunternehmen und Gremien vor Ort liege eindeutig in der Verantwortung der Geschäftsstellenleitungen. Sie geht auf einen weiteren Punkt ein, den Fred Arnulf Busen in seiner Mail geäußert hat: Er Sorge sich darum, dass sich die negative Berichterstattung auch auf die Gewinnung neuer Mitarbeitenden auswirke. Hier sei es nach wie vor so, dass die IHK Köln alle ausgeschriebenen Stellen gut besetzen könne und dass sich auch Mitarbeitende anderer IHKs bei der IHK Köln bewerben würden.

Sie wies auf zwei Veranstaltungen hin: So habe es im Sommer eine gemeinsame Klausurtagung von Präsidium und der aktuellen Führungsmannschaft gegeben. Diese sei von einem sehr guten gemeinsamen IHK-Spirit geprägt gewesen. Das Präsidium habe das Führungsteam als sehr motiviert und exzellent in den Themen wahrgenommen. Nach den Sommerferien habe es außerdem eine IHK-Mitarbeitendenversammlung gegeben, bei der viele konstruktive Fragen gestellt und auch beantwortet wurden.

Sie betont, dass die IHK Köln in Politik und Verwaltung als wichtige Gesprächspartnerin wahrgenommen würde, auf kommunaler Ebene, in den Regionen wie auch in der Landespolitik.

Birgit Dircks-Menten (virtuelle Teilnahme) fragt, ob es eine Mitarbeitenden-Umfrage im Frühjahr gegeben habe und warum diese „unter Verschluss gehalten“ wurde.

Uwe Vetterlein antwortet, dass es keine Mitarbeitenden-Befragung gegeben habe. Im Februar 2023 sei vielmehr ein Führungskräfte-Workshop durchgeführt worden, an dem sogar zwei Mitarbeitende teilgenommen hätten, die sich beruflich umorientieren wollten und dies bereits verkündet hätten. Im Vorfeld zu diesem Workshop seien alle Führungskräfte durch einen externen Dienstleister gezielt nach Kritikpunkten als Grundlage für die Diskussion im Workshop befragt worden. Diese seien im Workshop selbst auf zwei Charts in nicht qualifizierten Schlagworten an die Wand projiziert worden. Im weiteren Verlauf des Workshops seien gemeinsam Lösungsansätze erarbeitet worden, die jetzt in fünf Teams weiterentwickelt worden seien. Viele Punkte seien bereits umgesetzt. Es sei gerade ein Zeichen von Transparenz und positiver Führungskultur, auch mit Kritikpunkten offen umzugehen. Umso bedauerlicher sei es, dass ausgerechnet diese beiden Charts ihren Weg in den Kölner Stadt-Anzeiger gefunden und so für Unruhe und Missverständnisse gesorgt hätten.

Astrid Windfuhr lobt ausdrücklich die Kommunikation der IHK Köln im Hinblick auf den Kohleausstieg, die sehr gut dargestellt und verständlich sei. Sie verweist auf den publizierten Erklärfilm und begrüßt auch die Idee einer „Windrad-Schuldenuhr“. Sie wünscht sich eine konstruktive Kommunikation.

Michael Volkmann berichtet ebenfalls über Ansprache anderer Mitglieder, die sich erkundigen würden, „was in der IHK los sei“. Ihm würden diesbezüglich die Argumente ausgehen. Ihn würde auch der Brief der sechs rheinischen IHKs nachdenklich stimmen. Er wünsche sich eine Sondersitzung der Vollversammlung, um diese Themen zu besprechen. Die negative Berichterstattung und die teils persönlichen Angriffe auf die IHK-Führung bedauere er.

Uwe Vetterlein stellt klar, dass es auch ausweislich von Rückmeldungen aus der Redaktion des Kölner Stadt-Anzeigers um Angriffe gegen Nicole Grünewald als Person ginge – und eben nicht um eine kritische mediale Begleitung der IHK-Arbeit. Es habe diesbezüglich bereits Gespräche gegeben. Diese hätten jedoch nicht zu einer objektiven Berichterstattung seitens des Kölner Stadt-Anzeigers geführt. Die IHK Köln sei aber durchaus in der Lage, ihre Mitgliedsunternehmen über eigene Kommunikationsmittel zu informieren, z.B. über das neu ausgerichtete IHK-Magazin, über die Kanäle in den Sozialen Medien, über Newsletter oder den IHK Podcast.

Frank Oelschläger (virtuell zugeschaltet) bekräftigt die Aussage von Fred Arnulf Busen über die Relevanz der Außendarstellung der IHK Köln. Allerdings sehe er die Arbeit der IHK nach innen wie außen äußerst positiv und schätze als Vorsitzender auch die Arbeit der Mitarbeitenden im Mobilitätsausschuss außerordentlich.

Nicole Grünewald bekräftigt, dass gerade die Resonanz in den sozialen Medien auf die Arbeit der IHK Köln sehr positiv sei. Es gebe eine wachsende Follower-Zahl auf allen Kanälen und sehr viel Zuspruch für die IHK-Positionen.

Hans-Ewald Schneider führt aus, dass Nicole Grünewald viele seiner Fragen bereits in ihren Ausführungen thematisiert und beantwortet habe. Er nimmt den Vorschlag von Michael Volkmann auf und erklärt, dass es möglich sei, nach §5, Abs. 1 der Satzung eine Sondersitzung der Vollversammlung im November einzuberufen.

Er wolle Schaden von der Kammer abwenden, denn ihm sei die Reputation der IHK wichtig. Das „Affentheater“ führe nur zu noch mehr Kammerverweigerern. Es sei wichtig, die Geschehnisse der letzten Zeit der Vollversammlung zu erklären. Ein weiterer wichtiger Punkt seien die Finanzen. Als fünftgrößte IHK in Deutschland habe die IHK außerdem vor allem die Aufgabe, Ausbildung zu betreiben.

Nicole Grünewald fragt, inwieweit die Einberufung einer Sondersitzung geeignet sei, Schaden von der Kammer abwenden. Sie könne sich vielmehr bereits die Überschrift im Kölner Stadt-Anzeiger vorstellen, denn diese Situation habe es bereits 2020 gegeben. Die Einberufung einer Sondervollversammlungssitzung sei damals medial sehr negativ und gegen die Führung der IHK konnotiert gewesen. Sie erkundigt sich außerdem nach dem Mehrwert einer Sondervollversammlungssitzung und nach den dort zu behandelnden Tagesordnungspunkten. Denn alle relevanten Themen seien ausgeführt worden, und es sei noch Zeit genug, weitere Fragen dazu zu stellen und zu diskutieren.

Hans-Ewald Schneider erklärt, dass in einer Sondervollversammlungssitzung alle Themen, die heute angesprochen wurden, noch einmal ausführlicher besprochen werden könnten, außerdem könne man die Themen Finanzen und Gebäude behandeln.

Michael Metten sagt, die Diskussion dauere nun bereits über eine Stunde. Die Präsidentin hätte unter dem Punkt Aktuelles alle Fragen offen angesprochen und beantwortet. Die Aussagen seien nachvollziehbar. Er bittet Hans-Ewald Schneider um Mäßigung in seiner Ausdrucksweise und schlägt vor, evtl. offene Fragen schriftlich an das Präsidium zu stellen und diese dann schriftlich an alle Mitglieder der Vollversammlung oder in der nächsten Sitzung zu beantworten.

Ausgangspunkt der Diskussion sei gewesen, dass die IHK Köln unpopuläre Positionen eingenommen habe. Die Entscheidung zum Austritt aus der IIR sei in der letzten Vollversammlungssitzung mit großer Mehrheit getroffen worden. Es hätte auch der Vollversammlung klar sein müssen, dass dies nicht überall auf ungeteilte Begeisterung treffen würde.

Hans-Ewald Schneider wiederholt, die Themen müssten besprochen werden. Die Vollversammlung habe das Recht, eine Sondersitzung einzufordern. Diese würde dokumentieren, dass sich die IHK Köln mit den Themen befassen würde.

Mike Gahn fragt, was in einer Sondervollversammlungssitzung genau besprochen werden solle. Durch Einberufung einer Sondersitzung gebe man z.B. dem Kölner Stadt-Anzeiger wieder eine direkte Vorlage, die erneut zu einem Reputationsschaden der IHK Köln führen könne.

Markus Hetzenegger betont, dass er froh darüber sei, dass das Präsidium verkrustete Strukturen aufgebrochen habe. Er kritisiert die langwierige Diskussion, die die Zeit der anwesenden Unternehmenden vergeude. Er schließt sich der Meinung an, dass man die Fragen an das Präsidium auch schriftlich stellen könne.

Jörg Richling hat den Eindruck, dass es zwei Lager gebe: das neue und das alte Präsidium. Dieser Graben sei in den letzten Sitzungen nicht mehr spürbar gewesen und würde gerade neu aufbrechen. Aus seiner Sicht seien die Erläuterungen von Nicole Grünewald transparent und nachvollziehbar gewesen. Den Vollversammlungsbeschluss zum Austritt aus der IIR hätten alle mitgetragen. Nun solle dem Präsidium der Rücken gestärkt werden.

Wilhelm von Moers bestätigt, dass niemand einen Schaden für die Kammer bewirken und man dem Präsidium den Rücken stärken wolle. Genau dafür sei die Sondersitzung gedacht gewesen. Er mache aber alternativ den Vorschlag, die Themen – dann aber als eigenen Tagesordnungspunkt – in der nächsten regulären Vollversammlungssitzung im Dezember zu behandeln.

Nicole Grünewald führt aus, dass es kein Problem sei, das Thema als Punkt in die Tagesordnung der Dezembersitzung aufzunehmen. Der Antrag von Fred Arnulf Busen sei deshalb unter „Aktuelles“ behandelt worden, da es so gewünscht gewesen sei. **Fred Arnulf Busen** bestätigt, dass er die Behandlung des Themas, aber keinen eigenen Tagesordnungspunkt beantragt habe.

Nicole Grünewald erklärt, dass eine Sondervollversammlungssitzung „Öl ins Feuer gießen“ würde und geeignet sei, die negative Berichterstattung über die IHK Köln weiter anzuheizen. Über den Brief der sechs rheinischen IHKS sei beispielsweise im Kölner Stadt-Anzeiger bereits zwei Mal genau wortgleich berichtet worden. Dies habe bei vielen den Eindruck erzeugt, dass es sich hierbei um eine Kampagne gegen die IHK Köln handeln würde.

Michael Volkmann betont, dass er den Ausführungen über eine Kampagne des Kölner Stadt-Anzeigers gegen die IHK Köln nicht folgen könne. So sei der Brief der sechs IHKs aus dem Rheinland mit zwölf Unterzeichnenden ein Beleg dagegen.

Uwe Vetterlein entgegnet, dass die IHK Köln für das „Nicht-Unterzeichnen“ des „Reviervertrags 2.0“ und für den Austritt aus der IIR von den anderen IHKs kritisiert würde. Auch im Haupt- und Ehrenamt gebe es verschiedene Befindlichkeiten. Ziel sei es nun, sich mit den rheinischen IHKs wieder an einen Tisch zu setzen und die Themen zu klären. Die IHK Köln würde die IHKs aus dem Rheinland deshalb zu einem gemeinsamen Austausch einladen.

Ursula Wintgens (virtuell zugeschaltet) spricht Nicole Grünewald ihre Anerkennung für ihr ehrenamtliches Engagement aus. Sie könne den durchweg kritischen Aussagen von Fred Arnulf Busen nicht folgen. Sie bekomme durchweg positives Feedback von anderen Unternehmenden für die Arbeit der IHK Köln.

Ralf D. Scholz führt aus, er habe als Mitglied eines Wirtschaftsgremiums im Rheinisch-Bergischen Kreis die Geschäftsstellenleiterin lediglich zwei Mal gesehen. Danach wäre sie ohne Erklärung wieder weg gewesen.

Nicole Grünewald ergänzt, dass die fehlende Präsenz der Geschäftsstellenleitung neben der Kommunikation ein weiterer Kritikpunkt gewesen sei. Es sei das Bestreben der IHK-Führung gewesen, sich mit der Mitarbeiterin vernünftig zu einigen. Während der Einigungsphase sei durch die arbeitsrechtliche Situation eine proaktive Kommunikation von Seiten der IHK Köln nicht möglich gewesen. Die Artikel in den Medien seien dann ohne Zutun der IHK Köln entstanden.

Nicole Grünewald führt nach Information durch den Justitiar Frank Hemig aus, dass ein Beschlussantrag für eine Sondersitzung in der laufenden Sitzung nicht möglich sei, da er nicht auf der Tagesordnung stehe.

Hans-Ewald Schneider erklärt, er sei mit der Behandlung der Themen in der nächsten Vollversammlungssitzung einverstanden. Auch **Gerald Böse** unterstützt den Vorschlag, das Thema auf die nächste Tagesordnung der Vollversammlung zu nehmen. Wichtig sei ihm zu besprechen, was man nach vorne blickend unternehmen könne, so wie Uwe Vetterlein es thematisiert habe.

Claudia Zimmer fasst abschließend zusammen, dass eine Sondersitzung der Vollversammlung nur kontraproduktiv für die Außendarstellung sei und auch deshalb vermieden werden solle.

Nicole Grünewald fragt, ob es weitere Fragen zu den Themenbereichen gebe. Dies ist nicht der Fall.

TOP 2 Politische Themen

2.1 Energiepolitik

2.1.1 Positionspapier zur Senkung des Strompreises

Uwe Vetterlein führt in das Thema ein und stellt kurz das zweistufige Modell „Industriestrompreis“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz mit dem Ziel der Senkung des Strompreises vor. Das Modell berge viele Probleme. So würden nur wenige große Unternehmen von dem sog. „Industriestrompreis“ profitieren, viele Unternehmen würden gar nicht erst berücksichtigt.

Die DIHK lehnt dieses Modell ab und hat als Alternative ein eigenes Modell aus zwei Komponenten entwickelt:

1. Die generelle Befreiung des Strompreises von der Stromsteuer (soweit EU-rechtlich möglich) und Umlagen/Entgelten (KWKG-Umlage, Konzessionsabgabe, §19-Umlage, Offshore-Netzumlage, Netzentgelte) – für alle Unternehmen und privaten Haushalte.
2. Die Einführung von Strom-Partnerschaften, also langfristigen, staatlich geförderten, direkten Stromlieferverträgen zwischen Produzenten von Erneuerbaren Energien und Unternehmen.

Dieses Modell biete zahlreiche Vorteile gegenüber dem Vorschlag aus dem BMWK. So entstehe eine generelle Entlastung sowohl für Unternehmen als auch Privathaushalte. Zusätzliche Bürokratie würde vermieden, und auch die Wettbewerbsverzerrung innerhalb der Wirtschaft entfalle.

Durch die Strom-Partnerschaften könnten sich Unternehmen langfristig günstigere Preise sichern und würden durch reduzierte Netzentgelte profitieren.

Uwe Vetterlein führt aus, dass das beiliegende Positionspapier zur Senkung des Strompreises auf der Grundlage des DIHK-Modells entwickelt worden sei und bittet um Diskussionsbeiträge.

Thomas Müller kritisiert, dass im Positionspapier der IHK Köln die dritte Komponente des DIHK-Papiers, nämlich die zusätzliche Entlastung hochenergieintensiver Unternehmen, entfallen sei. Dabei sei aus seiner Sicht diese dritte Komponente aus dem DIHK-Papier wichtig, da sonst besonders betroffene Unternehmen nicht mehr wettbewerbsfähig seien. Aus seiner Sicht habe die DIHK einen Dreiklang vorgeschlagen.

Uwe Vetterlein argumentiert, dass auch nach Rücksprache mit der DIHK nicht alle drei Punkte gleichgewichtig sein könnten, da sie gleichzeitig nicht bezahlbar seien. Es zeichne sich aber ab, dass der im Entwurf des Bundeshaushalts 2024 gestrichene Spitzenausgleich für die besonders energieintensiven Unternehmen wieder eingeführt würde.

Claudia Eßer-Scherbeck bestätigt, dass beim Positionspapier der DIHK wie auch in unserem Positionspapier die beiden Punkte allgemeine Preissenkung und Strom-Partnerschaften den Kern bilden würden. Der dritte Punkt sei im DIHK-Positionspapier nur ergänzend aufgenommen worden. Die Industrie müsse als Ganzes gefördert werden. Doch auch das Statement von Herrn Müller sei richtig und wichtig.

Thomas Müller betont erneut, dass die Forderung der DIHK zur Entlastung hochenergieintensiver Unternehmen wichtig und auch machbar sei – große Unternehmen müssten gestützt werden, da von ihnen auch viele mittelständische Unternehmen abhängen würden.

Nicole Grünewald bedankt sich für die Wortbeiträge. Sie erkundigt sich, ob es weitere Anmerkungen gebe. Da dies ist nicht der Fall ist, lässt sie über den Beschlussentwurf abstimmen.

BESCHLUSS

Die Vollversammlung der IHK Köln beschließt das Positionspapier zur Senkung des Strompreises.

Ja: 43

Enthaltung: 4

Nein: 4

2.1.2 Vorschlag zur Gegenfinanzierung von Strompreissenkungen

Nicole Grünewald berichtet über einen Austausch mit Bundesfinanzminister Christian Lindner. Er sehe den Vorschlag aus dem grünen Wirtschaftsministerium kritisch. Dem DIHK-Modell könne er einiges abgewinnen, mache sich aber Gedanken um die Gegenfinanzierung. Eine Möglichkeit sei die schnellere Erhöhung der CO2 Bepreisung nach dem Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG), beispielsweise die Erhöhung auf 60,- bis 65,- Euro pro Tonne CO2 anstatt auf 40,- im Jahr 2024.

Nicole Grünewald geht auf die wesentlichen Punkte des Vorschlages und die daraus resultierenden Vor- und Nachteile ein. So hätte die schnellere Erhöhung für energieintensive Unternehmen, die am europäischen Emissionshandel teilnehmen, keine Auswirkungen, denn sie könnten die Abgabe aus dem BEHG mit den europäischen CO2-Zertifikaten verrechnen, die sie ohnehin kaufen müssten. Die Bereitschaft, aus fossilen Brennstoffen auszusteigen und in Erneuerbare einzusteigen, würde damit erhöht. Allerdings würde der Vorschlag zu einem Anstieg von ca. 7 Cent/Liter Benzin und 8 Cent/Liter Diesel an den Tankstellen führen. Auch die Energiekosten würden sich signifikant erhöhen: Für ein mittelständisches Industrieunternehmen mit Jahresverbrauch von 300.000 kWh würden die Kosten für Gas von 26.250 Euro auf 28.150 Euro steigen. Das seien 1.950 Euro oder 7,4 % mehr. Auch die Energiekosten für private Haushalte würden steigen, bspw. Einfamilienhaus mit Verbrauch von 23.000 kWh Erdgas = Kosten steigen um ca. 138,00 Euro/Jahr, Ölkosten entsprechend. Nach diesen Ausführungen eröffnet sie die Diskussion.

Michael Metten stellt heraus, bereits seit zwei Jahren finde ein absoluter Anstieg der Stromsteuer statt. Die Auswirkungen auf die Bauwirtschaft seien bereits jetzt verheerend, Investitionen noch schwieriger. Er spricht sich daher gegen die Gegenfinanzierung aus, die besonders auch die Bauindustrie belaste, die ohnehin schon in einer schwierigen Gesamtsituation sei.

Nicole Grünewald erkundigt sich, ob es weitere Wortbeiträge gebe. Das ist nicht der Fall. Sie sagt zu, dass sie dem Bundesfinanzminister die schwierige Situation der Bauindustrie noch einmal schildern würde und stellt den Beschlussentwurf zur Abstimmung.

BESCHLUSS

Die Vollversammlung der IHK Köln würde bei einer generellen Befreiung des Strompreises von der Stromsteuer und Umlagen/Entgelten einer Gegenfinanzierung durch eine höhere CO₂-Bepreisung nicht ablehnend gegenüberstehen.

Ja: 32

Enthaltung: 7

Nein: 12

2.1.3 Monitoring Kohleausstieg 2030

Nicole Grünewald wiederholt, dass die IHK Köln den „Reviervertrag 2.0“ aus zwei Gründen nicht unterzeichnet habe: Einerseits, da es geltende Beschlusslage der Vollversammlung der IHK Köln sei und andererseits, da nach wie vor eine Strategie zum synchronen Einstieg in die Erneuerbaren und damit zur Erreichung der Energiesicherheit fehle. Zurzeit erarbeite das NRW-Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz & Energie eine energiepolitische Strategie, die im Frühjahr 2024 fertiggestellt werden solle.

Zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit bei einem Kohleausstieg müssten deutschlandweit ca. 26 große, wasserstofffähige Gaskraftwerke hinzugebaut werden. Laut der EWI-Studie müssten davon acht in NRW stehen. Diese seien im Bau zeitlich vorzuziehen, da in NRW der Kohleausstieg früher als in anderen Regionen geplant sei. Der Bau der Kraftwerke solle ab dem kommenden Jahr stufenweise ausgeschrieben werden.

Darüber hinaus gebe es für die Gaskraftwerke noch keine Marktregeln, denn sie seien als „Reserve“ gedacht, wenn die Erneuerbaren auf Grund von zu wenig Wind oder Sonne nicht produzieren könnten. Das bedeute jedoch, dass sie auch bezahlt werden müssten, wenn sie nicht produzieren würden. Ansonsten würde niemand diese Kraftwerke bauen. Wenn sie jedoch bis 2030 nicht gebaut seien, sei eine zentrale Voraussetzung für den Kohleausstieg nicht erfüllt.

Zusätzlich zu den acht großen Gaskraftwerken und Photovoltaikflächen in der Größenordnung von 15.000 Fußballfeldern würden 1.500 Windräder in NRW bis 2030 benötigt. Wie schon angekündigt, werde die IHK Köln eine „Windrad-Schuldenuhr“ aufstellen, um die Differenz zwischen den 1.500 benötigten und den gebauten Windrädern plakativ darzustellen.

Ein weiteres für die Energiewende zentrales Thema sei der Netzausbau. Die IHK Köln habe bei IHK NRW angeregt, dazu ebenfalls eine Studie zu erstellen. Sobald diese vorliege, werde sie ebenfalls in unserer Vollversammlung diskutiert.

Nicole Grünewald erkundigt sich, ob Fragen oder Anregungen zu diesen Themen bestehen. Dies ist nicht der Fall.

2.2 Verkehrspolitik

2.2.1 Kampagne, Arbeitstitel „Fairkehr“

Nicole Grünewald stellt die Kampagne mit dem Arbeitstitel „Fairkehr“ vor, die den Vollversammlungsgliedern bereits mit der Einladung zugegangen sei.

Es gebe in Köln zurzeit zahlreiche willkürliche Eingriffe in ruhenden und fließenden Verkehr im gesamten Kölner Stadtgebiet, die so genannten „Verkehrsversuche“. Auch nach einem Urteil des Verwaltungsgericht Köln zur Rechtswidrigkeit des „Verkehrsversuchs“ auf Deutzer Freiheit in Köln-Deutz solle nun endlich Schluss mit weiteren Verkehrsversuchen sein.

Bei der geplanten Kampagne gehe es darum, endlich eine Einbindung betroffener Unternehmen durch die Stadt Köln zu erreichen. Außerdem sollen künftig geordnete Verfahren durchgeführt werden. Ziel sei ein vernünftiger Modal Split, d.h. die Beendigung der Benachteiligung einzelner Verkehrsträger.

Geplante Schritte seien: 1. Ankündigung der Kampagne mit einem Brief an die Oberbürgermeisterin, den Verkehrsdezernenten, die Fraktionsspitzen und die verkehrspolitischen Sprecher, 2. die Erstellung von Videos mit betroffenen Unternehmerinnen und Unternehmern, 3. Erstellung einer Presseinfo und einer Köln-Karte mit den von Verkehrsversuchen betroffenen Bereichen, 4. weitere Video-Belege von Betroffenen und 5. eine eigene Veranstaltung zum Thema „Fairkehr“ in der IHK Köln.

Der Ausschuss für Mobilität sei eingebunden worden und mit der Vorgehensweise einverstanden.

Nicole Grünewald ergänzt, dass die Verkehrsversuche in der Stadt Köln besonders auffällig seien und dass die Kampagne daher in Köln starten würde. Es sei der IHK Köln jedoch bewusst, dass es ähnliche Verkehrsthemen auch in den Städten der Region gebe. Hier könnten daher passgenau auf die entsprechenden Verhältnisse ähnliche Maßnahmen durchgeführt werden.

Fred Arnulf Busen nimmt den letzten Punkt auf und verweist noch einmal darauf, dass auch im Umland Mitgliedsunternehmen von der Verkehrsplanung der Städte betroffen seien. Eine Kampagne im Umland wäre seiner Meinung nach ebenfalls wichtig. Zudem schlägt er vor, sich mit der Handwerksorganisation und anderen Partnern zusammenzuschließen, da auch sie ähnliche Probleme plagten würden. **Frank Oelschläger** stellt heraus, dass der Mobilitätsausschuss die Kampagne unterstütze und erkundigt sich nach der Haltung der Oberbürgermeisterin zu diesem Thema.

Nicole Grünewald führt aus, dass die treibende Kraft bei den „Verkehrsversuchen“ der Verkehrsdezernent sei. Dieser würde sich nach Aussage von Ratsmitgliedern sogar über Ratsbeschlüsse hinwegsetzen.

Jürgen Pütz begrüßt die Anregung, mit anderen Verbänden zusammenzuarbeiten. Er verweist auf eine ähnliche Kampagne der IHK Bonn/Rhein-Sieg mit dem Titel „Vorfahrt Vernunft“, die gerade sehr viel Gegenwind erfahren würde, und bittet die IHK Köln, sich ebenfalls darauf einzustellen.

Nicole Grünewald bedankt sich für die konstruktiven Anregungen. Es sei wichtig, den betroffenen Unternehmen mit dieser Kampagne Gehör zu verschaffen, aber auch den wirtschaftsfreundlichen Parteien im Kölner Rat den Rücken zu stärken. Oft würden beispielsweise die Lieferverkehre, die für die IHK-Mitgliedsunternehmen sehr wichtig seien, nicht in die Planungen miteinbezogen.

Nicole Grünewald stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

BESCHLUSS

Die Vollversammlung der IHK Köln begrüßt die Kampagne, Arbeitstitel „Fairkehr“.

Ja: 47

Enthaltung: 1

Nein: 1

2.2.2 Ost-West-Achse Köln

Anton Bausinger erinnert an diesen Beschluss der Vollversammlung vom 13. September 2022:

Die Vollversammlung der IHK Köln fordert die Fraktionen im Kölner Rat auf, sich jenseits aller Variantendiskussionen zum Ausbau eines leistungsfähigen ÖPNV-Netzes zu bekennen. Hierzu gehört zwingend eine U-Bahnlösung auf der Ost-West-Achse der Stadtbahn. Erst nach deren Umsetzung ist eine Neugestaltung der Verkehrsführung um den Kölner Neumarkt möglich. Diese Reihenfolge gilt es bei allen weiteren Diskussionen zu beachten.

Leider hätten die letzten Wochen gezeigt, dass die Kölner Ratspolitik diese Entscheidung zunächst auf Frühjahr 2023, dann auf Sommer 2023, jetzt auf Frühjahr 2024 – und ggf. auf nach den Kommunalwahlen (September 2025) verlegen wolle. Die Entscheidung über die Ost-West-Achse als Tunnellösung sei jedoch essenziell wichtig für die weitere Entwicklung der Kölner Innenstadt – wie auch für die Zukunft der Mobilität in Köln. Das betreffe den Ausbau der KVB, denn eine höhere Taktung sei ohne Tunnellösung nicht möglich, da

die KVB oberirdisch am Limit angelangt sei. Insgesamt könne man sagen, dass die Transformation der Mobilität nur mit der Tunnellösung machbar sei. Daher dürfe die Entscheidung nicht weiter herausgezögert werden.

Nicole Grünewald bedankt sich bei Anton Bausinger und erkundigt sich, ob es Fragen gebe. Dies ist nicht der Fall. Sie stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

BESCHLUSS

Die Vollversammlung der IHK Köln fordert die Ratsparteien auf, die Entscheidung für eine Tunnellösung beim Ausbau der Ost-West-Achse der Stadtbahn bereits im Jahr 2023, spätestens jedoch im Frühjahr 2024 zu treffen.

Ja: 49

Enthaltung: 0

Nein: 0

2.3 Fachkräftepolitik

2.3.1 Missbrauch von Krankschreibungen

Sven Gebhard führt aus, dass in der vergangenen Sitzung der Vollversammlung von Markus Wißkirchen der Missbrauch von Krankschreibungen thematisiert worden sei. Es bestehe der Eindruck in Unternehmerschaft, dass schneller und länger krankgeschrieben würde als früher, und es blieben häufig Zweifel an Grund und Dauer.

Nach der Pandemie sei tatsächlich ein starker Anstieg der Krankschreibungen zu verzeichnen, der durchschnittliche Krankenstand liege im 1. Halbjahr 2023 bei 5,9 %, ein Jahr vorher noch bei 4,4 %. Die Zahl der Fehltage steige um mehr als 50 % auf 11,9 Mio. Tage (2022: 7,6 Mio.). Die häufigsten Erkrankungen seien Atemwegserkrankung, Erkrankungen des Muskel-Skelett-Systems und psychische Erkrankungen, gerade letztere seien stark steigend (siehe Charts in der beigefügten Präsentation). In der Pandemie seien Krankschreibungen ohne Vorstellung der Patienten beim Arzt möglich gewesen. Seit dem 31.03.2023 ginge das nicht mehr, allerdings sei es ab Herbst wieder geplant.

Eine Problematik bestehe darin, dass die Möglichkeiten der Nachprüfungen begrenzt seien. Gründe lägen im medizinischen Dienst der Krankenkassen (Amtsärzte, Vertrauensärzte etc. gebe es in dieser Funktion nicht mehr), in der Rechtsprechung, die Nachforschungen faktisch ausschließe und auch in der Häufung von psychischen Erkrankungen, die kaum überprüfbar seien.

Ansätze seien: keine Krankschreibungen mehr ohne Vorstellung des Patienten beim Arzt, um Missbrauch vorzubeugen, die Einführung von Karenztagen (kein voller Lohnausgleich in den ersten Krankheitstagen), die aus verschiedenen Branchen bekannten Anwesenheitsprämien (z.B. weniger Fehltage = Prämie) oder die Einführung von Teilkrankschreibungen/Teilarbeitsfähigkeit (z.B. Fuß gebrochen = Homeofficearbeit möglich). Diese Vorschläge seien jedoch sehr nah am Kerngeschäft der Sozialpartner. Daher wolle die IHK Köln diese bitten, die Ansätze zu diskutieren und zu klären, was tarifvertraglich möglich sei – und bei welchen Punkten es den Gesetzgeber brauche.

Nicole Grünewald erkundigt sich, ob es Fragen gibt. Da dies nicht der Fall ist, lässt sie über den Beschlussvorschlag abstimmen.

BESCHLUSS

Die Vollversammlung der IHK Köln fordert die Sozialpartner und das Bundesministerium für Arbeit und Soziales auf, geeignete Vorschläge zu entwickeln, um gegen die massiv steigenden Fehlzeiten und den Missbrauch von Krankschreibungen vorzugehen.

Ja: 45

Enthaltung: 2

Nein: 4

2.3.2 Geduldete Geflüchtete in Arbeit bringen („Spurwechsel“)

Nicole Grünewald thematisiert, dass in der Zuwanderung eine große Chance zur Behebung des Arbeits- und Fachkräftemangels liege. Das vor der Sommerpause beschlossene Fachkräfteeinwanderungsgesetz ermögliche allen vor dem 29.03.2023 ins Land gekommenen Menschen einen „Spurwechsel“. Das bedeute, dass Flüchtlinge endlich legal arbeiten könnten. Das betreffe auch mehr als 400.000 Geflüchtete mit nicht abgeschlossenen Verfahren und mehr als 200.000 Geflüchtete mit Ablehnung.

Probleme dabei seien die schwierige Ansprache der Zielgruppe, komplizierte ausländerrechtliche Regelungen und dass viele verschiedene Behörden betroffen seien und es keine definierten Prozesse in Bezug auf Selektion, Ansprache, Qualifizierung und Vermittlung gebe. Hinzu komme, dass Unternehmen nicht wissen würden, was erlaubt sei und welche Voraussetzungen erfüllt sein müssten.

Deshalb würde die IHK Köln ein Projekt aus Ausländerbehörde, Arbeitsagentur/Jobcenter, IHK, freien Trägern und Flüchtlingshilfevereinen aufsetzen. Folgende Vorgehensweise sei geplant: Zunächst sollten Flüchtlinge z.B. über Flüchtlingshelfende identifiziert werden, dann sollten Qualifizierungs- und Sprachangebote geschaffen und ein Arbeitgeberservice aufgebaut werden.

Zu dem Thema seien erste, konstruktive Gespräche mit Politikerinnen und Politikern aus dem Rat der Stadt Köln, NRW-Minister Nathanael Liminski, Berivan Aymaz MdL und Katharina Dröge MdB geführt worden. Außerdem habe es ein Gespräch mit Johannes Klapper, Geschäftsführer der Agentur für Arbeit Köln, gegeben. Ein Follow-up gemeinsam mit dem Ausländeramt sei geplant.

TOP 3 IHK Köln

3.1 „IHK Köln der Zukunft“

Uwe Vetterlein berichtet über den aktuellen Sachstand zum Umbau des Bestandsgebäudes. Mit Schilling Architekten sei ein Vorvertrag über die Planungsphasen I-IV geschlossen worden. Die Grundlagenermittlung und die Vorplanung seien bereits in Bearbeitung. Die Entwurfsplanung wie auch die Genehmigungsplanung seien für 2024 vorgesehen. Mitte 2024 solle der Bauantrag eingereicht werden. Außerdem zeichne sich eine gute Lösung für ein Interimsquartier ab. Der Auszug aus dem Bestandsgebäude solle im Sommer 2024 erfolgen, um möglichst frühzeitig mit den erforderlichen Rückbauten noch vor Erteilung der Baugenehmigung zu beginnen.

Hans-Ewald Schneider erkundigt sich, ob der Auszug in das Interim noch vor der Genehmigung des Bauantrages geschehen soll und schätzt dies als großes Risiko ein. Auch **Birgit Dircks-Menten** fragt noch einmal den Auszugszeitpunkt. **Uwe Vetterlein** erläutert noch einmal die Reihenfolge: Bauantrag bis erstes Halbjahr 2024, Auszug aus dem Hauptgebäude in ein Interimsquartier im Sommer 2024, Beginn mit den Rückbaumaßnahmen nach Auszug, Ausschreibung des GU im Herbst 2024, Vergabe dann nach Erteilung der Baugenehmigung.

Gerald Böse erfragt die Standards des Interims für die Mitarbeitenden und ob diese unter den Standards des rückabgewickelten Neubaus „Lofthaus“ in Köln-Mülheim liegen würden. **Uwe Vetterlein** führt aus, dass das Interimsquartier voraussichtlich eine Zwischennutzung eines Bestandsgebäudes sein werde. Die Standards würden daher über dem Status quo des Bestandsgebäudes Unter Sachsenhausen, aber unter den Standards eines Neubaus liegen.

Frank Oelschläger regt die Darstellung der aktuellen Kostenentwicklung in der nächsten Sitzung der Vollversammlung an. **Michael Volkmann** möchte wissen, welche Kosten entstehen würden, wenn die IHK Köln vom Mietvertrag für das Interimsquartier zurücktreten müsse.

Uwe Vetterlein erläutert, dass erste Zahlen voraussichtlich mit der Kostenschätzung nach Leistungsphase II in der Dezembersitzung der Vollversammlung oder spätestens in der Frühjahrssitzung dargestellt werden könnten. **Kolja Kolander** bittet darum, der Vollversammlung einen Zeitplan vorzustellen.

3.2 Wahlordnung

Nicole Grünewald weist darauf hin, dass die Wahlordnung letztmalig in Vorbereitung auf die Vollversammlungswahl im Jahr 2019 geändert worden sei. Für die Vollversammlungswahl 2024 müsse die *Wahlordnung daher aktualisiert werden*.

Es gebe zwei generelle Neuerungen: Zum einen gebe es eine neue Musterwahlordnung der DIHK. Diese werde von der DIHK immer nach neuesten rechtlichen Vorgaben angepasst. Zum anderen solle es in der IHK Köln erstmals eine digitale Wahl geben, dies sei auch eines der Wahlversprechen aus 2020. Viele IHKs würden eine digitale Wahl bereits seit Jahren möglich machen, die IHK Köln schließe jetzt hier auf. Selbstverständlich bleibe die analoge Wahl parallel möglich.

In der Vollversammlungssitzung am 29.03.2023 sei der Wahlordnungsausschuss berufen worden, dem Mike Gahn, Nicole Grünewald, Christian Remmert, Alexander Wüerst, Claudia Zimmer, Frank Hemig und Uwe Vetterlein angehört hätten. Dem Ausschuss sei wichtig gewesen, die Wahlordnung entsprechend nach neuesten Vorgaben zu aktualisieren und die Vollversammlung zukunftsfähig aufzustellen. Demzufolge seien drei neue Wahlgruppen entwickelt worden, um bestimmte zukunftsrelevante Branchen künftig in der Vollversammlung abzubilden.

Nicole Grünewald erläutert anhand der versendeten Präsentation die Wahlgruppen und die neuen Sitzverteilungen.

Die erste Zukunftsbranche sei Energie & Umwelt. So habe die IHK Köln einen eigenen Ausschuss Umwelt & Energie mit vielen engagierten Unternehmerinnen und Unternehmern. Die nachhaltige Transformation der Wirtschaft sei „das“ Thema der heutigen Zeit, hier müsse die VW sprachfähig sein, auch durch Unternehmerinnen und Unternehmer aus den entsprechenden Branchen. Energie & Umwelt gehöre zu den Wachstumsbranchen, die Zahl der Jobs habe sich in den letzten 20 Jahren verdreifacht.

Die zweite Zukunftsbranche sei die Gesundheitswirtschaft. Sie wachse doppelt so stark wie andere Branchen und gewinne gerade in unserer alternden Gesellschaft an Bedeutung. Die Branche mache deutschlandweit 84 Mrd. Umsatz, in unserer Region habe sie nahezu gleichviele Beschäftigte wie der Handel mit ca. 100.000 Beschäftigten. Bisher sei die Gesundheitswirtschaft in der gleichen Wahlgruppe wie Gastro/Touristik/Freizeit gewesen – das sei jedoch vom Profil her nicht passend.

Die dritte Zukunftsbranche sei Bildung & Forschung. Unsere Bildungslandschaft sei ein standortprägendes Thema und ein klarer Wettbewerbsvorteil unserer Region. Die IHK sei verantwortlich für Aus- und Weiterbildung, ein enger Schulterschluss mit den Unternehmen aus Bildung & Forschung biete sich hier an. Daher sei es wichtig, dass Vertreterinnen und Vertreter dieser Branchen in der Vollversammlung vertreten seien.

Darüber hinaus habe das weitere Aufwachsen der allgemeinen Branchen wie Unternehmensnahe Dienstleister und Verbrauchernahe Dienstleister vermieden werden sollen.

Eine Konsequenz der Einrichtung der neuen Wahlgruppen sei die Zusammenlegung der Wahlgruppen Einzelhandel und Gastro/Touristik/Freizeit, da ansonsten keine regionalen Wahlgruppen für diese Branchen mehr möglich seien. Die Branchen würden gut zusammenpassen, hätten ähnliche Themen und Interessen und würden bei der IHK Köln gemeinsam betreut. Es gebe auch ein gemeinsames Branchengremium.

Nicole Grünewald ergänzt, dass die Vorschläge sowohl im Wahlordnungsausschuss als auch im Präsidium konstruktiv-kontrovers diskutiert worden seien. Der Wahlordnungsausschuss habe die neue Wahlordnung einstimmig empfohlen. Im Präsidium sei die Wahlordnung mit zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung beschlossen worden. Die Gegenstimmen seien in den Verlusten von Direktmandaten für Wahlgruppen in der Region begründet gewesen. Den Mitgliedern des Präsidiums sei es ein wichtiges Anliegen, dass dies in der Vollversammlung thematisiert würde, sie hätten angekündigt, sich bei der Entscheidung in der Vollversammlung enthalten zu wollen. Allerdings sei eine gute Nachricht für die Region, dass Verluste bei Direktmandaten weitestgehend durch Kooptationssitze wieder ausgeglichen würden. Auch in den neuen Wahlgruppen (gesamter Kammerbezirk) sei es selbstverständlich möglich, Unternehmerinnen und Unternehmer aus der Region zu wählen.

Fred Arnulf Busen hinterfragt die neuen Wahlgruppen, da durch diese das produzierende Gewerbe an Bedeutung verlieren würde.

Gerald Böse sieht die Bildung der eigenen Wahlgruppe für die Gesundheitswirtschaft positiv. Die Zusammenlegung der Wahlgruppe Einzelhandel mit der Wahlgruppe Gastro/Tourismus/Freizeit sehe er hingegen kritisch.

David Roth erkundigt sich, in welcher Wahlgruppe künftig die Einzelpflege sein werde. Uwe Vetterlein sagt eine Prüfung und Auskunft zu. Außerdem kritisiert David Roth, dass künftig das Präsidium der Vollversammlung die Mitglieder des Wahlausschusses zur Beschlussfassung vorschlage.

Uwe Vetterlein führt aus, dass bisher nicht geregelt war, wer die Mitglieder des Wahlausschusses vorschlage. Die Neufassung sei analog zur Musterwahlordnung erfolgt. Sie sei nun genauer.

Nicole Grünewald bedankt sich für die konstruktive Diskussion. Sie erkundigt sich, ob es weitere Fragen gibt. Da dies nicht der Fall ist, stellt sie den Beschlusstext zur Abstimmung.

BESCHLUSS

Die Vollversammlung der IHK Köln beschließt die Wahlordnung in der vorgelegten Fassung.

Ja: 31

Enthaltung: 6

Nein: 6

Aus aktuellem Anlass: Veröffentlichung des Sitzungsverlaufs im Kölner Stadt-Anzeiger

Nicole Grünewald informiert, dass sie gerade darüber informiert worden sei, dass ein aktueller Artikel über die noch laufende Sitzung unter ksta.de, also im Online-Portal des Kölner Stadt-Anzeigers, veröffentlicht worden sei. In diesem Artikel würden die Autoren Torsten Breitkopf und Corinna Schulz über eine völlig andere Sitzung berichten, als die, die sie selbst in den letzten drei Stunden erlebt habe. Sie zitiert wörtlich aus dem Artikel:

„„Dringender Handlungsbedarf“ – Deutliche Kritik an Kölner IHK-Führung.

Nach einem Protestbrief der anderen rheinischen Kammern gegen Köln rechtfertigt sich das Führungsduo Grünewald/Vetterlein. Die Vollversammlung der IHK Köln am Dienstagabend stand direkt zu Beginn ganz im Zeichen der aktuellen Kritik am Führungsduo aus Präsidentin Nicole Grünewald und Hauptgeschäftsführer Uwe Vetterlein. Denn die sechs weiteren Industrie- und Handelskammern des Rheinlands erheben seit vergangener Woche schwere Vorwürfe gegen die Kölner Führungsspitze. In ihrem Protestbrief schreiben die Kammerchefs, dass sie sich von Grünewald nicht mehr vertreten fühlen. Grünewald repräsentiert als Vizepräsidentin von IHK NRW in dem Gremium die Belange der rheinischen Kammern.“

Nicole Grünewald bemerkt dazu, dass sie über ihre Erfahrungen mit dem Round Table Industrie berichtet habe. Außerdem habe sie dargelegt, wie es aus ihrer Sicht zu dem Anschreiben der sechs IHKs aus dem Rheinland gekommen sei. Darüber hinaus habe sie die Personalentscheidung in der Geschäftsstelle Leverkusen/Rhein-Berg erläutert und die Folgen thematisiert. Das sei jedoch keine Rechtfertigung gewesen. Es sei allerdings erstaunlich, dass der Kölner Stadt-Anzeiger nun bereits zum dritten Mal in direkter Folge das Thema „Brief der sechs rheinischen IHKs“ thematisieren würde. Sie zitiert weiter:

„Mitglieder der Kölner Vollversammlung wollten das Thema zur Aussprache im Plenum auf die Tagesordnung setzen lassen. Es schaffte es dann nur unter den Punkt „Aktuelles“. Dort wurde es dann aber mit Deutlichkeit angesprochen.“

Nicole Grünewald stellt fest, dass niemand das Thema auf die Tagesordnung setzen wollte. Im Gegenteil: Fred Arnulf Busen habe erbeten, das Thema „Die Berichterstattung in der Presse und anderweitige Veröffentlichungen von IHK-Interna“ in der Vollversammlung zu behandeln. Man habe ihn im Vorfeld der Sitzung gefragt, ob das unter dem Punkt „Aktuelles“ behandelt werden solle. Dies habe er bestätigt. Sie fragt Fred Arnulf Busen, ob sie das korrekt dargestellt habe.

Fred Arnulf Busen bestätigt, dass es in seinem Sinne war, das Thema unter „Aktuelles“ zu behandeln.

Nicole Grünewald stellt fest, dass die Aussage des Kölner Stadt-Anzeigers, dass „Mitglieder der Kölner Vollversammlung (...) das Thema zur Aussprache im Plenum auf die Tagesordnung setzen lassen“ wollten, eine falsche Behauptung sei. Sie zitiert weiter:

*„Fast 90 Minuten wurde intensiv über die jüngsten Ereignisse diskutiert. Vollversammlung der Kölner IHK: „Dringender Handlungsbedarf“
„Nach den immer wiederkehrenden Querelen der vergangenen Jahre ist dieser Protestbrief unserer Partnerkammern eine völlig andere Dimension und ein einmaliger Vorgang“, sagte ein Vollversammlungsmitglied gegenüber dem „Kölner Stadt-Anzeiger“. Dass sich sechs Kammern so massiv über Köln beschwerten, müsse allen sehr zu denken geben, wie die Kölner Kammerführung nach innen und außen agiert, so der Unternehmer. Vollversammlung, Präsidium und Hauptamt müssten dringend handeln, um Schaden von der Institution, die immerhin 160.000 Unternehmen der Region vertritt, abzuwenden. Mitglieder des Plenums stellten deshalb einen Antrag auf eine Sondervollversammlung zum Thema.“*

Nicole Grünewald fragt die Mitglieder der Vollversammlung, ob es der Wahrheit entsprechen würde, dass „Mitglieder des Plenums einen Antrag auf eine Sondervollversammlung zum Thema“ gestellt hätten. Es sei zwar darüber diskutiert worden, jedoch habe nachweislich niemand einen Antrag gestellt. Sie fragt, ob es Mitglieder der Vollversammlung gebe, die dies anderes wahrgenommen hätten. Dies ist nicht der Fall. Sie stellt fest, dass auch diese Behauptung des Kölner Stadt-Anzeigers falsch sei.

Nicole Grünewald sagt, sie habe den Artikel nur überflogen. Aber es gebe einen weiteren Absatz zum Schluss, den sie bemerkenswert fände. Sie zitiert wörtlich:

„Eine weitere Aussprache soll es nach der Debatte bislang als Tagesordnungspunkt auf der nächsten Vollversammlung im Dezember geben. Einige Vollversammlungsmitglieder wollen nun Stimmen aus dem Plenum sammeln, um doch noch eine Sondersitzung zu den Themen durchzusetzen.“

Nicole Grünewald äußert ihr Erstaunen über diesen Absatz. Denn alle Vollversammlungsmitglieder seien doch zum Schluss übereingekommen, dass der Punkt auf die Tagesordnung der nächsten ordentlichen Vollversammlungssitzung im Dezember behandelt werden solle. Sie habe extra gefragt, ob es noch weitere Fragen gebe. Das sei nicht der Fall gewesen. Dass sie jetzt lesen müsse, dass einige Vollversammlungsmitglieder dementsgegen doch noch eine Sondervollversammlungssitzung einberufen wollen, sei entweder ebenfalls eine weitere falsche Behauptung des Kölner Stadt-Anzeigers, oder die Täuschung einiger Mitglieder über ihre tatsächlichen Absichten. Beides sei gleichermaßen fragwürdig.

Sie sei entsetzt über die Tatsache, dass ein Artikel während einer noch laufenden Sitzung veröffentlicht worden sei, der einen verfälschten Sitzungsverlauf beschreibe und zahlreiche Falschaussagen beinhalte. Wer bis zum jetzigen Zeitpunkt noch an eine seriöse und ausgewogene Berichterstattung des Kölner Stadt-Anzeigers über die IHK Köln geglaubt habe, der habe sich nun wohl eine andere Meinung gebildet.

Alle, die daran beteiligt seien, dass Informationen aus der laufenden Sitzung an die Redaktion des Stadt-Anzeigers gelangt seien, müssten sich im Klaren darüber sein, dass so ein Verhalten der IHK Köln am meisten schade. Denn nicht das Verfechten von industriepolitischen Positionen, das Durchsetzen von Vollversammlungsbeschlüssen bis hin zum „Nicht-Unterschreiben“ von „Revierverträgen“ oder der Austritt aus der IIR, sondern das illoyale Durchstechen von Vollversammlungs-Internas und das Streuen von Falschinformationen richte den größten Schaden in der öffentlichen Wahrnehmung der IHK Köln an.

Darüber hinaus erfülle auch das Rechercheverhalten des Kölner Stadt-Anzeigers keinesfalls journalistischen Ansprüche. Denn die Redaktion habe Informationen veröffentlicht, ohne den Wahrheitsgehalt objektiv zu überprüfen.

Mehrere Vollversammlungsmitglieder brachten ihr Entsetzen über das Verhalten der Vollversammlungsmitglieder, die Informationen über den Sitzungsverlauf „durchgestochen“ hätten, und der Redaktion des Kölner Stadt-Anzeigers zum Ausdruck.

3.3 Vollversammlung: Personalia

Nicole Grünewald leitet über zur Kooptation von Roland Lenzing. Sie informiert, dass Astrid Keyser, Bafatex Bellingroth GmbH & Co. KG, ihr Mandat in der Vollversammlung der IHK Köln niedergelegt habe. Thomas Müller, Emil Müller GmbH Metallwerk, rücke auf den Sitz von Astrid Keyser nach und sei damit nun direkt gewähltes Mitglied. Da Herr Müller zuvor in die Vollversammlung kooptiert worden sei, stehe der Kooptationssitz wieder zur Verfügung. Das Präsidium schlage Roland Lenzing, Geschäftsführer der Pflitsch GmbH & Co. KG, vor.

Nicole Grünewald fragt Roland Lenzing, ob er trotz der Ereignisse in der Sitzung noch für eine Kooptation in die Vollversammlung zur Verfügung stehen würde.

Roland Lenzing stellt sich kurz vor. Er weist darauf hin, dass bereits sein Onkel Harald Pflitsch Mitglied der Vollversammlung der IHK Köln gewesen sei. Er sei vom Verlauf der Sitzung sehr irritiert und über den Presse-Vorfall enttäuscht. Er würde dennoch für eine Mitarbeit in der Vollversammlung zur Verfügung stehen und wolle sich für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit stark machen. Wenn dies nicht gelänge, sähe er allerdings für sich keine Zukunft in diesem Gremium.

Nicole Grünewald bedankt sich für die offenen Worte und erkundigt sich, ob es Fragen an Roland Lenzing gebe. Dies ist nicht der Fall. Sie weist darauf hin, dass nur die direkt gewählten Mitglieder der Vollversammlung bei einer Kooptation abstimmen dürften. Daher gebe es einen eigenen Zugang für diese Wahl, der nur den direkt gewählten Mitgliedern zur Verfügung gestellt worden sei. Sie bittet darum, diesen Zugang zu nutzen und stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

BESCHLUSS

Die Vollversammlung der IHK Köln kooptiert für die Wahlgruppe 04 Produzierendes Gewerbe Oberbergischer Kreis Roland Lenzing, Geschäftsführer der Pflitsch GmbH & Co. KG, in die Vollversammlung der IHK Köln.

Ja: 27

Enthaltung: 1

Nein: 2

Nicole Grünewald gratuliert Roland Lenzing herzlich zu seiner Wahl und verpflichtet ihn zur objektiven Wahrnehmung seines Mandats.

Nicole Grünewald berichtet, dass Herr Matthias Wesseling, bisher Leitender Direktor der Bethmann Bank, sein Mandat aufgrund eines beruflichen Wechsels niedergelegt habe. In der Wahlgruppe 24, Banken und Versicherungen, gebe es keine Nachrückende. Hier könne nachgewählt werden.

Nicole Grünewald ergänzt, dass Thomas Frey sein Mandat in der Wahlgruppe 29, Weitere Dienstleister Köln, im April niedergelegt habe. Hier gebe es ebenfalls keine Nachrückende und es könne ebenfalls nachgewählt werden.

Vorschläge für beide Wahlgruppen müssten bis vier Wochen vor der nächsten Vollversammlungssitzung am 04.12.2023 laut Wahlordnung von acht Wahlpersonen oder vom Präsidium mit einer Begründung schriftlich oder elektronisch bei der Hauptgeschäftsführung eingehen.

3.4 Gremien

3.4.1 Nachberufungen

Nicole Grünewald informiert, dass das Präsidium in seiner Sitzung am 22. August 2023 weitere Mitglieder in die Beratende Versammlung Oberberg der IHK Köln berufen habe. Die entsprechende Liste sei der Einladung

als Anlage beigefügt worden. Sie führt noch einmal aus, dass es eine gute Bestätigung für Präsidium und Vollversammlung sei, dass sich die Gremien und auch die damals neu gegründeten politischen Ausschüsse einem stetig wachsenden Interesse erfreuten und bedankt sich herzlich für das große ehrenamtliche Engagement und die zielführenden Resolutionen, die in der Ausschussarbeit erarbeitet wurden.

3.4.2 Berichte

Claudia Eber-Scherbeck berichtet aus dem Ausschuss für Umwelt & Energie am 06.09.2023, in dem über die Maßnahmen zur Entlastung der Wirtschaft von den hohen Strompreisen und über das heutige Positionspapier diskutiert worden seien. Weiter berichtet sie über eine sehr gute Zusammenarbeit mit der IHK Bonn/Rhein-Sieg, der IHK NRW und der DIHK. In diesem Jahr plane der Ausschuss einen Energietag.

Johannes Schilling berichtet aus dem Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung am 04.09.2023. Kernpunkt sei die Innenstadtgestaltung gewesen. So würde die Umsetzung des Masterplans Sauberkeit weiterhin verzögert und solle nun erst im Frühjahr 2024 erfolgen. Schauen Sie sich den Bericht der KölnBusiness Wirtschaftsförderung (KBW) an, so sei die Verödung der Innenstadt kein Thema. Bei einer eigenen Befragung der IHK Köln unter den Inhabern der Ladenlokale seien allerdings zahlreiche Probleme wie der Drogenkonsum, der Leerstand und die fehlende Klimaanpassung thematisiert und kritisiert worden.

Aus aktuellem Anlass: Veröffentlichung des Sitzungsverlaufs im Kölner Stadt-Anzeiger

Nicole Grünewald führt aus, es seien leider noch drei weitere falsche Informationen im aktuellen Online-Artikel des Kölner Stadt-Anzeigers, die sie in der Sitzung richtigstellen müsse. Sie zitiert wörtlich:

„Auslöser des Schreibens ist, dass die IHK Köln angekündigt hat, aus der IHK-Initiative Rheinland (IIR) zum Jahresende austreten zu wollen. Diese Entscheidung kritisieren nun auch Mitglieder des Plenums.“

Das Gegenteil sei der Fall: Ein Mitglied der Vollversammlung habe sogar darauf hingewiesen, dass der Beschluss, aus der IIR auszutreten, mit sehr großer Mehrheit in der Vollversammlung gefasst worden sei. Dies sei also eine weitere falsche Behauptung des Stadt-Anzeigers über die Vollversammlung der IHK Köln.

Sie zitiert weiter:

„Im Mai hatte die IHK-Präsidentin zudem für Aufsehen gesorgt, als sie den Reviervertrag 2.0 mit der NRW-Regierung als einzige Kammer nicht unterzeichnet hatte. Auch dies war Gegenstand der Debatte in der Versammlung. Grünewald verteidigte beide Entscheidungen. Bei der IIR sollten Doppelstrukturen abgeschafft werden. Der Zusammenschluss Metropolregion Rheinland, dem die IIR-Kammern ebenfalls alle angehören, habe keinen Mehrwert mehr.“

Nicole Grünewald betont, die Aussage, dass der Zusammenschluss Metropolregion Rheinland (MRR) „keinen Mehrwert mehr habe“, sei falsch. Die Verbreitung einer solchen falschen Behauptung habe einen extrem negativen Impact auf die IHK Köln. Es werde in der Folge Anrufe von verunsicherten Mitgliedern der MRR geben. Diese würden fragen, warum die IHK jetzt auch aus der MRR austreten wolle. Dies sei jedoch niemals Thema gewesen. Die Verbreitung solcher Falschaussagen gehe nicht. Sie würde daher noch einmal an alle appellieren, nicht noch weiter Öl ins Feuer zu gießen. Das sei extrem schädlich für die IHK Köln. Sie bittet die Personen aus der Vollversammlung, die in Kontakt mit dem Kölner Stadt-Anzeiger stünden, die falschen Punkte richtigzustellen. Sie zitiert weiter:

„Auch bei der Verweigerung der Unterschrift unter den Reviervertrag 2.0 sagte Grünewald, sie handele im Interesse großer Industrieunternehmen.“

Nicole Grünewald führt aus, dass auch dies nicht der Wahrheit entspreche. Hier sei sie falsch zitiert worden. Die IHK Köln würde stets im Interesse aller Mitgliedsunternehmen handeln. Sowohl bei der Nicht-Unterschrift unter den Reviervertrag als auch bei der Resolution zur Strompreissenkung habe die IHK Köln, und damit auch sie selbst, stets alle Unternehmen im Blick, nicht nur die großen Industrieunternehmen. Es sei sehr ärgerlich, dass der Kölner Stadt-Anzeiger nicht einmal mehr bei Zitaten den Wahrheitsgehalt prüfen würde.

Sie leitet über zu Frank Oelschläger und seinem Bericht aus dem Ausschuss.

Frank Oelschläger nimmt zunächst Stellung zu der Veröffentlichung im Online-Portal des Kölner Stadt-Anzeigers. Er sagt, dass er es im höchsten Maße beschämend fände, dass es Personen in der Vollversammlung gebe, die ein solches schädigendes Verhalten an den Tag legen würden. Eigentlich müsse er einen Antrag stellen, jemanden zu beauftragen, der herausfindet, wer das gewesen sei. Er fände es unverschämt und sei schockiert. Der- oder diejenige, die das gemacht habe, solle nun aufstehen und es zugeben.

Im Folgenden berichtet er aus dem Ausschuss für Mobilität am 16.08.2023 und den Fortschritt der einzelnen Gruppen „Verkehr in der Stadt“, „Verkehr in der Region“, „Bundesverkehrswege“ und der Gruppe „Kommunikation“. In diesen Gruppen würden derzeit Positionspapiere, Leitbilder und Kampagnen erarbeitet.

Jürgen Pütz berichtet aus der konstituierenden Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftspolitik am 19.06.2023, in der die inhaltliche Ausrichtung des Ausschusses und das Ziel umrissen worden seien. Es sollten Best Practice Beispiele aus den Unternehmen gesammelt werden, darüber hinaus sei ein gemeinsames Format mit den Wirtschaftsuniern in Planung.

Mike Gahn berichtet aus dem Ausschuss für Digitales & Innovation am 15.08.2023. In der Sitzung sei der Workshop, der am 20.09.2023 stattfinden würde, ausgearbeitet worden. Hier sollten Best Practices und Fehlentwicklungen in den Schwerpunktthemen Digitale Verwaltung, Digitale Infrastrukturen und Digitale Unterstützungsmaßnahmen identifiziert und diskutiert werden.

Sven Gebhard berichtet aus der Beratenden Versammlung in Oberberg am 05.09.2023. Die Teilnehmenden hätten bei der Sarstedt AG & Co. KG die hochautomatisierte Fertigung des Blutabnahmesystems Monovette und das interaktive Medien- und Schulungszentrum besichtigt. Zudem sei das Konzept zur vertieften Berufsorientierung durch den Direktor des kaufmännischen Berufskollegs vorgestellt worden.

Fred Arnulf Busen berichtet aus der Beratenden Versammlung Leverkusen/Rhein-Berg am 28.08.2023. Hier sei über einen Vorschlag von Landrat Santelmann zum Aufbau einer Energieagentur diskutiert worden.

Fred Arnulf Busen berichtet außerdem zur DIHK-Ausschusssitzung Industrie und Forschung am 23.06.2023. Kernthemen seien Energiekrise und Rohstoffpolitik gewesen.

Michael Volkmann skizziert die Veranstaltung REKreation am 31.08.2023. Das Format sei im Vorjahr ins Leben gerufen worden und sei auch in diesem Jahr wieder ein großer Erfolg gewesen.

Michael Kahnert berichtet aus der konstituierenden DIHK-Ausschusssitzung Gesundheitswirtschaft am 27.06.2023. Gemeinsam mit Tino Sorge MdB und Edgar Franke MdB sei über die Gesundheitspolitik, die Krankenhausreform und die Digitalisierung im Gesundheitsbereich debattiert worden

Mike Gahn berichtet aus der DIHK-Ausschusssitzung IKT am 28./29.06.2023, in der aktuelle digitale Themen wie Verwaltungsmodernisierung und KI-Regulierung behandelt worden seien. Außerdem berichtet er über die DIHK-Veranstaltung „KI statt k.o.“ zu der dem Protokoll ein Link beigefügt werde.

TOP 4 Sonstiges

Nicole Grünewald informiert über bevorstehende Veranstaltungen:

28.09.2023	Frauen-Business-Tag
26.10.2023	Bestenehrung in der Motorworld Köln
13.12.2023	Wirtschaftsforum NRW-Türkei
04.12.2023	WV-Winter-Sitzung

Zu allen Terminen sind alle Vollversammlungsmitglieder herzlich eingeladen.

Nicole Grünewald bedankt sich bei den Mitgliedern und Gästen für die Teilnahme und schließt die Sitzung um 21.00 Uhr. Sie verabschiedet alle virtuell Teilnehmenden und lädt alle Anwesenden zu einem Ausklang mit Imbiss ein.

Köln, 18. September 2023



Dr. Nicole Grünewald
Präsidentin der IHK Köln



Dr. Uwe Vetterlein
Hauptgeschäftsführer der IHK Köln



Dr. Susanne Hartmann
Protokollantin